Bezugspreis für Halle monatlich bei zweimaliger Zustellung 1.60 Mark, vierteljährlich 4.80 Mark, durch die Post 4.50 Mark ausschließl. Zustellungsgebühr. Bestellungen werden von allen Reichspostanstalten angenommen. Im amtlichen Zeitungsverzeichnis unter Saale-Zeitungeingetragen. Für unverlangt eingegangene Manuskripte wird keine Gewähr übernommen. Nachdruck nur mit der Quellenangabe „Saale-Zeitung" gestattet. Fernruf der Schriftleitung Nr. 1140, der Anzeigen-Abteilung Nr. 1142, der Bezugs-Abteilung Nr. 1133; Postscheck-Konto Leipzig Nr. 4609.

Morgen-Ausgabe.

Saale-Zeitung

Zweiundfünfzigster Jahrgang.

Anzeigen werd. d. 7gespalt. 38mm br. Kolonelzeile oder deren Raum mit 40 Pf. berechnet u. in unseren Annahmestellen u. allen Anzeigenexpeditionen angenommen. Reklamen die 92 mm breite Zeile 1.25 Mk. Anzeigen-Annahmeschluß vorm. 11 Uhr, für die Sonntags-Nr. abends 5 Uhr. Abbestellungen, soweit zulässig, müssen schriftlich erfolgen. Erfüllungsort: Halle. Erscheint tägl. 2 mal, Sonntags 1 mal. Schriftleit. u. Haupt-Geschäftsstelle: Halle, Neue Promenade 1a, Gr. Brauhausstr. 17. Neben-Geschäftsstell.: Markt 24 und Große Ulrichstr. 52.

Nr. 495. Halle, Dienstag, den 22. Oktober. 1918.

Fortschreiten eines deutschen Gegenangriffs

Urteile über die deutsche Antwort. — Der Kriegsminister verteidigt das deutsche Heer gegen feindliche Anschuldigungen.

Deutscher Abendbericht.

WTB. Berlin, 21. Okt. abends. (Amtlich.) Der Feind beschränkte sich an den Kampffronten auf Teilangriffe, die von uns abgewiesen wurden. Gegenangriff gegen die vom Feinde besetzten Höhen auf das östliche Aisne-Ufer beiderseits Vouziers ist in gutem Fortschreiten.

Wiener Bericht.

WTB. Wien, 21. Oktober. Amtlich wird verlautbart: Auf dem italienischen Kriegsschauplatze keine größeren Kampfhandlungen.

Beiderseits der südlichen Morava wurden serbische Teilangriffe abgewiesen.

Im Gebirge westlich von Zajecar machte sich serbischer Druck stärker fühlbar.

Der Chef des Generalstabes.

Ein fortschrittlicher Führer über die deutsche Antwort.

Berlin, 21. Okt. (Eigene Drahtnachricht.) Der führende fortschrittliche Abgeordnete Weinhaus erklärte zur Antwort an Wilson:

Die mit Spannung erwartete zweite Antwort der deutschen Reichsregierung an Wilson legt in Form und Inhalt erneutes Zeugnis von dem ehrlichen deutschen Friedenswillen ab, mannhaft und würdig in der Abwehr schmählicher Verdächtigungen der Deutschen zu Wasser und zu Lande. Bestimmt und eindeutig ist die Darlegung der militärischen Zugeständnisse. Bezüglich der Waffenstillstandsbedingungen, des Räumungsverfahrens und der Einschränkung des U-Boot-Krieges verweist die Note ausführlich auf die für Wilson „fundamentale" Angelegenheit. Auf die deutsche innerpolitische Aenderung nehmen die Darlegungen der deutschen Regierung eine charakteristische Belehrung und Aufklärung des Präsidenten Wilson an, die gewiß nicht überflüssig sein dürfte. Also in allem bekräftigt die deutsche Note aufs neue den festen Willen der deutschen Reichsleitung und der hinter ihr stehenden überwältigenden Mehrheit der deutschen Volksvertretung, alle Hemmnisse auf dem schwierigen Wege zum Frieden entschlossen hinwegzuräumen. Dem amerikanischen Friedensvermittler muß die annehmbare Verwirklichung seines so oft gepriesenen Ideals, die Herstellung des Rechtsfriedens von Dauer, möglich sein, wenn anders er wirklich den ehrlichen Willen dazu hat und mächtig genug ist, um gegen die rachsüchtigen Instinkte seiner Bundesgenossen ihn durchzusetzen.

Der Kriegsminister über unsere Kriegsbereitschaft.

Die Verwüstungen im Westen.

WTB. Berlin, 21. Okt. (Drahtnachricht.) Der Kriegsminister empfing den Director der „Nordd. Allg. Ztg.". Im Verlaufe der Unterredung sagte der Kriegsminister u. a.:

Trotz des Ansturms der Gegner konnten alle Anforderungen der Front an Munition, Geschützen und Kriegsmaterial ohne Unterbrechung voll erfüllt werden. Unsere Materialreserven, unsere Munitionserzeugung und die Anfertigung von Gewehren, Geschützen und Kriegsgerät sind für die Deckung der Ausfälle der letzten Wochen mehr als ausreichend.

Deutschland wird nie aus Mangel an Kriegsmaterial Frieden zu schließen brauchen.

Die augenblickliche Ueberlegenheit des Gegners liegt besonders im Gebrauche der Tanks. Es wird bereits seit längerer Zeit tatkräftig daran gearbeitet, diese als wichtig erkannte Waffe in genügender Zahl herzustellen. Dann aber über die in der Note Wilsons gegen das deutsche Militär erhobenen Anschuldigungen äußerte der Kriegsminister u. a.:

In fortgesetzten Besprechungen, Zeitungsartikeln und Reden tauchten in den letzten Wochen wie auf Kommando mehr und mehr Beschuldigungen unserer Armee auf. Man mußte den Eindruck gewinnen, daß diesen Zurücksetzungen ein ganz bestimmter Plan zugrunde lag, der Plan, die Friedensaktion zu zerstören und die Kampflust der feindlichen Völker anzufachen. Wiederholt haben die Engländer behauptet, daß nicht eine einzige englische Granate das Innere der Stadt Cambrai getroffen habe, sondern daß die deutschen die Stadt in Brand gesteckt hätten. Demgegenüber will ich aus einwandfreiem amtlichen Materiale nur folgende Angaben herausgreifen: Am 17. September abends erhielt Cambrai 16 Schuß mittleren Kalibers, am 18. morgens 40 Schuß mittleren Kalibers, am 19. morgens 60 Schuß; am 29. Feuerfeuer und am Abend desselben Tages 23 Schuß mittleren Kalibers; am 21. morgens 44 Schuß mittleren Kalibers, am Abend 41 Schuß mittleren Kalibers, am 22. 65 Schuß, am 23. 61 Schuß, am 7. Oktober 54 Schuß. Am 24. Oktober wachs das Feuer zum Dauerfeuer an, wobei der Marktplatz mit 61 Bomben beschossen wurde und die Stadt in Brand geriet. An den Tagen des 7. und 8. Oktober erhielt der Turm der Kathedrale einen Volltreffer und das Renaissance-Rathaus. Wie im Falle Cambrai könnte ich Ihnen genaue Tabellen geben über Douai, Roulers, Laon, Vouziers usw., die keinen Zweifel darüber bestehen lassen, daß diese Städte von den Alliierten beschossen wurden. Wir haben wiederholt Befehl gegeben, daß die Zerstörungen auf das äußerste Maß der militärischen Notwendigkeit beschränkt bleiben.

Präsident Wilson behauptet auch, daß wir die Einwohner verschleppt hätten. Das ist nicht der Fall. Sie laufen von selbst davon, vertrieben durch die Artilleriegeschosse und Fliegerbomben ihrer Landsleute und ihrer Verbündeten. Wir versuchen das Menschenmögliche, das Schicksal dieser Unglücklichen zu erleichtern. Wo aber dicht hinter der vordersten Feuerlinie eine zwangsweise Fortbringung der Zivilbevölkerung erfolgt, war es aus Gründen der Menschlichkeit geboten. Solange aber ein Zurückgehen im Kampfe erfolgt, kann eine wesentliche Besserung nicht eintreten. Daß bei einer so langen Dauer des Krieges und bei derartigen Massenheeren Ausschreitungen und Roheiten einzelner vorkommen, liegt auf der Hand. Wo sie zur Kenntnis der Vorgesetzten kommen, werden sie rücksichtslos geahndet. Unsere Gegner werden sich von derartigen Vorkommnissen, über die mir eine Menge amtliches Material vorliegt, gewiß nicht freisprechen wollen, um so weniger, als sie wilde Völkerstämme in den Reihen ihrer Kämpfer verwenden.

Wir können also ruhig das Urteil der Welt abwarten, schloß der Minister, müssen aber die Bedingung genauer und unparteiischer Untersuchung stellen und Gerechtigkeit fordern für den deutschen Kämpfer, der über vier Jahre an der Front tapfer und aufopfernd seine Pflicht erfüllt; gewiß nicht schlechter als seine Gegner.

Feindliche Fliegertätigkeit über dem besetzten Gebiete.

WTB. Berlin, 21. Oktober. (Drahtnachricht.) Feindliche Flugzeuge warfen auf bisher unzerstörte Orte im besetzten Gebiete Bomben ab. Am 18. Oktober nachmittags griffen 12 Flugzeuge Gent an. Unter den 68 Opfern sind allein 22 Kinder tot bezw. verletzt gemeldet. In der Nacht zum 19. Oktober wurden Maubeuge, Hirson, Hautemont, Fournies und Mont Cornet von feindlichen Fliegern angegriffen. Neben beträchtlichem Häuser- und Brandschaden ist eine Anzahl Personen der Zivilbevölkerung getötet oder verwundet worden. Am 19. Oktober 2 Uhr nachmittags wurde Mons mit Bomben belegt. Das Frauenspital, die Jesuitenkirche, das deutsche Lazarett und eine Anzahl Stadtteile wurden besonders schwer heimgesucht. 38 Tote bezw. Verwundete, darunter 23 Frauen.

Peinliche Anfragen an die englische Regierung im Unterhaus.

Basel, 21. Oktober. (Privattelegramm.) Im englischen Unterhause fragte der liberale Abgeordnete Greenwood die Regierung am 17. Oktober, ob die verbündeten Mächte jemals als Kabinettskonferenz die 14 Punkte Wilsons als Grundlage einer Verständigung mit Deutschland erörtert und angenommen haben. Bonar Law erwiderte: Die Antwort ist verneinend. In Beantwortung einer Frage des Abg. Strenylian, der Erklärungen haben wollte, ob die britische Regierung die Regierung in Washington bestimmt benachrichtigt habe, daß sie die in Wilsons Rede vom 8. Jan. zum Ausdruck gebrachte Politik annehmen werde, auf Grund deren sie ebenjalls bereit sein werde, Frieden zu schließen, führte Bonar Law aus: Die Regierung Sr. Majestät steht in ständigem Gedankenaustausche mit der Regierung der Vereinigten Staaten. Ich glaube aber nicht, daß es wünschenswert ist, gegenwärtig irgendwelche Mitteilungen zu machen. Leeflith fragte hierauf an: Könnte der ehrenwerte Herr nicht mancherlei Mißverständnisse aufklären, indem er sagt, ob die 14 Punkte Wilsons von der Regierung angenommen sind? Bonar Law antwortete: Ich werde mich immer freuen, Mißverständnisse aufklären zu können. Ich bin aber bemüht, nicht noch weitere Mißverständnisse hinzuzufügen.

Bemerkenswert ist an dieser Auseinandersetzung, wie der Vertreter der englischen Regierung sich windet, um nicht Rede zu stehen über ihre Stellung gegenüber dem Wilsonschen Verständigungsprogramm.

Französische Friedensunterhaltungen.

Genf, 21. Oktober. (Privattelegramm.) Die sozialistische Fraktion der französischen Deputiertenkammer hat am Sonnabend die Aussprache über die Stellung der Parteien zur Friedensfrage fortgesetzt. Sie beschloß, vorläufig keine Anfrage in der Kammer einzubringen, jedoch fünf Abgeordnete zu Clemenceau zu schicken, um die Stellung der Regierung zu der zwischen Wilson und den Mittelmächten eingeleiteten Aussprache kennen zu lernen. In Erwartung der Antwort Clemenceaus wird die Fraktion im Einvernehmen mit dem Verwaltungsausschusse der Partei und dem Generalausschusse der Gewerkschaften eine öffentliche Erklärung vorbereiten, wobei die Notwendigkeit einer einheitlichen und öffentlichen Friedenspolitik aller verbündeten Regierungen verkündet werden soll.

Die Aufnahme der deutschen Antwort an Wilson in der Presse.

Die von uns in der gestrigen Abendausgabe veröffentlichte Antwort der deutschen Regierung an Wilson bewegt sich in den Richtlinien, die bereits früher in den deutschen Friedensbesprechungen mit Wilson zutage getreten sind. Wilsons Erwiderungen auf unsere Friedensbemühungen waren kühl und zeugten davon, daß auch bei dem Herrn jenseits des Ozeans der Appetit beim Essen kommt. Wir sind bereit, den Forderungen Wilsons, über deren Annahme durch seine Bundesgenossen bisher von diesen noch keine Entscheidungen getroffen worden sind, ja, die sich um eine bestimmte und klare Stellungnahme herumzudrücken versuchen, so weit entgegenzukommen, wie es zur Anbahnung von Friedensverhandlungen nur immer möglich ist. Die deutsche Regierung hat auch in ihre jetzige Antwort die möglichen Zugeständnisse in bezug auf den U-Boot-Krieg eingeflochten, hat aber auch der Ueberzeugung Ausdruck gegeben, daß die Vereinigten Staaten, d. h. Wilson, keine Forderungen gutheißen werden, die mit der Ehre des deutschen Volkes und mit der Anbahnung eines Friedens der Gerechtigkeit unvereinbar sein würden. Sie hat ferner keinen Zweifel darüber gelassen, daß mit der alten Regierungsform im Deutschen Reiche gründlich gebrochen worden ist und daß die neue Regierung durchaus mit der Volksvertretung einig einhergeht. Also alle Forderungen Wilsons grundsätzlicher Art sind von der deutschen Regierung angenommen worden. Man wird nun abwarten müssen, ob Wilson diesen Standpunkt teilt oder ob er neue Einwendungen und Forderungen erheben wird.

Ueber die Aufnahme der deutschen Antwort an Wilson in der deutschen Presse liegen bisher vorerst wenige Presseäußerungen vor. Von der ausländischen Presse sah'en bisher überhaupt noch jegliche Mitteilungen. Die „Vossische Zeitung" sagt:

Auf militärischem Gebiete hat die deutsche Regierung alle gesorderten Voraussetzungen geschaffen, die eine ehrliche Friedensanbahnung ermöglichen. Sie hat ferner über das Maß dessen, was von einem unabhängigen Volke überhaupt gefordert werden dürfte, Rechenschaft darüber gegeben, daß auch die innerpolitischen Verhältnisse Deutschlands den Anschauungen Wilsons vollkommen entsprechen. Der Eindruck darf nicht aufkommen, daß die inneren Reformen, von denen die deutsche Note spricht, eine Konzession an ausländische Wünsche darstellt. Er würde ja auch den Wert dieses Arguments in der Friedensdiskussion erheblich vermindern. Tatsächlich sind auch diese außerordentlich weitgehenden Veränderungen der deutschen Verfassung, von denen in der Note die Rede ist, schon am 6. Oktober grundsätzlich vom Kriegskabinett beschlossen worden. Es kann noch hinzugefügt werden, daß die Parlamentarisierung in Deutschland noch über das hinausgehen wird, was in der Note angekündigt ist, und daß die erweiterte Anwendung des Artikels 17 der Verfassung über die Gegenzeichnung kaiserlicher Verfügung durch den dem Reichstage verantwortlichen Kanzler jede Lücke in der Mitwirkung des Parlaments an der Regierung des Reichs ausfüllen wird.

Der „Berliner Lok.-Anz." schreibt:

Die Regierung versichert dem Präsidenten Wilson, daß sie darauf vertraut, er würde uns keine demütigenden, mit unserer Ehre unvereinbaren Bedingungen zumuten lassen. Demütigende, mit unserer Ehre unvereinbare Bedingungen können uns aber schon vor dem Beginne der Friedensverhandlungen zum Zwecke der Herbeiführung eines Waffenstillstandes auferlegt werden, der unseren Feinden die von Wilson verlangten Bürgschaften gewährt. Diese Bürgschaften zu geben, verpflichten wir uns in dieser Note. Wenn er auf Grund unserer Zugeständnisse nunmehr endlich seinen Verbündeten vorschlagen sollte, die Waffenstillstandsbedingungen mit uns zu vereinbaren, so wird er uns gleichzeitig wissen lassen, daß er auf ihre Festsetzung keinen Einfluß hat, unser Vertrauen also gegenstandslos geworden ist. Die Note ist nicht, wie wir letzthin vorgeschlagen haben, zur Aufklärung der Amerikaner über die maßlosen Verleumdungen benutzt worden, mit denen unsere Kriegführung und der Charakter des deutschen Soldaten und des deutschen Volkes von elenden Halunken besudelt worden ist. Es fehlt der Verwahrung jeder Sprache, unsere ungeheure Entrüstung über diese Verleumdungen zum Ausdruck bringende Ton. Nicht scharf genug wird auch betont, daß die Verfassungsänderungen, die wir vorgekommen haben, freien Entschlüssen entsprungen sind.

In der „Deutschen Tageszeitung", die noch auf eine eingehendere Besprechung zurückkommen will, führt Graf Reventlow in Ablehnung der Form der deutschen Antwort aus:

„Die Regierung hat lange gebraucht, um zu diesem traurigen Ergebnisse zu gelangen, ein Zeichen auch, daß es mit der Einigkeit dieser Volksvertretung nicht sehr weit her sein kann. Der Ton ist weich und unbestimmt, und man hat

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-848334-19181022010/fragment/page=0001

den Eindruck, daß als Wille nur maßgebend ist, die Widerstände zu überwinden, welche einer völligen Anpassung an den Willen des Präsidenten vielleicht hier und da noch entgegenstehen. Wilson wird sich mit seinen Verbündeten sagen, daß der Notenwechsel bis jetzt schon reiche Frucht getragen hat. Das U-Boots-Zugeständnis ist für unsere Feinde in jedem Sinne unbezahlbar und wird sie um eine Bergeslast erleichtern."

Noch schärfer ins Zeug legt sich die „Deutsche Zeitung" in ihrer Verurteilung der deutschen Note:

„Es ist selbstverständlich bei der Geistesverfassung unserer jetzigen Staatsmänner, daß diese Herrn Wilson zu beweisen versuchen, wir seien ja nun auf dem besten Wege, alle innerpolitischen Wünsche des Herrn Wilson zu erfüllen. Die mehr als unwürdige Hast, mit der die heutige Regierung den Umsturz in Deutschland betreibt, muß ihr im Auslande den letzten Rest von Achtung nehmen, die man einem ehrenwerten Gegner noch immer zollt. Vor allem aber, welche Kindlichkeit spricht aus dieser ganzen Note. Man will den Faden nicht abreißen, man hofft, Herrn Wilson durch Verbeugungen und Entgegenkommen milde zu stimmen und macht dadurch im Auslande den Eindruck eines zusammenbrechenden Volkes. Wir brauchen gar nicht zu betonen, daß dieser Eindruck grundfalsch ist, daß im Volke trotz der gewaltsam betriebenen Vernichtung des Siegeswillens ein Wille lebendiger ist denn je: Den Schmachfrieden Wilsons nicht anzunehmen, sondern sich zu wehren bis zum letzten Mann!

Eine gerechte Beurteiung findet unsere Antwort in der „Magdeb. Zeitung". Diese schreibt:

„Der nunmehr veröffentichte Text der in der vergangenen Nacht abgesandten Antwort zeigt in der Abwehr der unbegründeten feindlichen Beschuldigungen die Ruhe des guten Gewissens, enthält die ernste Mahnung an Herr Wilson, sich seines Eintretens für einen Rechtsfrieden zu erinnern, bringt aber auch ein starkes sachliches Entgegenkommen mit dem ersprechen, daß die Torpedierung von Passagierschiffen künftig vermieden werden soll."

Die Note Wilsons an Oesterreich.

Wien, 21. Oktober. Zu der Antwortnote Wilsons an Oesterreich-Ungarn wird dem Berichterstatter der „Voss. Ztg." von parlamentarischer Seite bemerkt: „Die Note ist in der Form höflich gehalten, wohl höflicher, als die an Deutschland gerichteten Noten. Im Inhalt macht sie zur Voraussetzung für die Einleitung von Verhandlungen mit Oesterreich-Ungarn die vorherige vollständige Anerkennung des tschecho-slowakischen Staates, nachdem die Entente bereits den tschecho-slowakischen Staat, dessen Truppen auf ihrer Seite kämpfen, amtlich anerkannt hat. Da die Anerkennung der tschechischen und südslawischen Nationalitäten und ihrer Staatenbildung durch das kaiserliche Manifest bereits erfolgt ist, worauf so prompt, fast möchte man sagen: programmäßig, die zustimmende Antwort Wilsons erfolgte, so steht dem Beginn der Friedensverhandlungen zwischen Wilson und Oesterreich-Ungarn eigentlich nichts mehr im Wege, wobei allerdings die Bitternis dieser Einmischung in die vorläufig noch immer österreichischen Angelegenheiten und die Anerkennung der gestern noch als Hochverräter betrachteten tschecho-slowakischen Truppen überwunden werden muß."

Eine weniger zuversichtliche Beurteilung findet sich in der deutschen Presse. Der „Lokalanzeiger" schreibt: „Die grausame Enttäuschung, die Wilson durch seine an die österreichische Regierung nach sechszehn Tagen gerichtete Antwort auf das Waffenstillstandsangebot des Grafen Burian, dem Kaiser Karl und seinem Ministerium, den Ungarn sowohl als den Oesterreichern bereitet hat, sollte in Deutschland wie eine furchtbare ernste Mahnung wirken. Der Präsident der Vereinigten Staaten erklärt darin, daß er an den sich auf Oesterreichs Staatsordnung beziehenden Artikel seines Friedensprogramms vom 8. Januar nicht mehr gebunden sei, weil inzwischen Ereignisse eingetreten seien, die ihn der Freiheit des Handelns beraubten. Das Ereignis aber, das ihn der Freiheit des Handelns beraubt, ist von ihm selbst aus eigenem freien Entschluß herbeigeführt worden. Wenn Herr Wilson also der Freiheit seines Handelns beraubt ist, so hat er sich selbst die ihn bindenden Fesseln aus freiem Entschluß angelegt. Er hat eine Staatshandlung vollzogen, die mit einem der fundamentalen Grundsätze seines Friedensprogramms unvereinbar war. Kann man einem Manne, der je nach der Entwicklung der Ereignisse die wichtigsten von ihm gefaßten Entschlüsse revidiert, das Vertrauen schenken, daß er nach dem Abschluß des Waffenstillstandes oder während der Friedensverhandlungen nicht mehr die anderen Grundsätze seines Programms ändert, erweitert und, gestützt auf diese von ihm selbst beliebten Aenderungen, behauptet, daß ihm die Freiheit seines Handelns beschränkt worden sei?

Die „Frankf. Ztg." bemerkt zur Note Wilsons an Oesterreich-Ungarn u. a.: Mit dieser Antwort verzichte der Präsident dem Anscheine nach darauf, das Schiedsrichteramt zwischen Staat und den Völkern auszuüben, die im Begriffe sind, es zu zerschlagen. Andererseits aber erkennt er als Grenze der Ansprüche dieser Völker nur das an, was sie selbst sich als Grenze setzen. Es ist das Unglück, das Herr Wilson, dem das Geschick jetzt eine so ungeheure Macht in die Hände gegeben hat, offenbar von den europäischen Dingen, besonders was die Nationalitätenverhältnisse betrifft, nur eine sehr unklare und unzulängliche Vorstellung hat. Die amerikanische Antwort legt die Entscheidung in die Hände der österreichischen Völker selbst. Damit ist der Staat Oesterreich, und diesmal auch Ungarn, so gut wie aufgegeben. Wir fürchten, so schließt das Blatt, den Ländern der mittleren Donaumonarchie stehen schlimme Tage bevor, wenn nicht etwa doch noch bei den beteiligten Völkern in letzter Stunde die Erkenntnis erwacht, daß Wertvolleres als die Herausrechnung der nationalen Grenzen auf dem Spiele steht.

Die Irreführung der Ungarn.

Wien, 20. Oktober. Zur Erklärung der Eile, mit der Ungarn das Bündnis mit Deutschland für aufgelöst erklärt, wird gemeldet:

Hierzu soll eine Berner Depesche beigetragen haben, derzufolge Präsident Wilson einer ungarischen Deputation erklärt hat, daß es eine unrichtige Auffassung sei, als ob er eine Zerstörung Ungarns anstrebe, und daß das Selbstbestimmungsrecht Ungarns nicht gefährdet werde. Im Gegenteil würde auf den Friedensverhandlungen die Unabhängigkeit der ungarischen Nation und der historisch anerkannten Ungarns respektiert werden. Diese Aeußerung Wilsons hätte bei den amerikanischen Ungarn große Begeisterung hervorgerufen, und sämtliche ungarischen Vereine, die seit Kriegsausbruch ihre Tätigkeit eingestellt hatten, hatten wieder ihre ungarische Fahne gehißt. Die Ungarn seien durch die Straßen gezogen mit dreifarbigen nationalen Kokarden, in der Mitte die Photographie Wilsons. Einer anderen Deputation erklärte Wilson, er hoffe, daß die ungarischen Emigranten in ein schöneres und besseres Vaterland zurückkehren werden. Er soll dabei gesagt haben: Soweit es an mir und meinen Verbündeten liegt, wird Ungarn gegenüber kein Unrecht geschehen. In der Lösung der ungarischen Frage stehe dem ungarischen Volke die wichtigste Rolle zu.

Gemeinsame Beratungen der österreichisch-ungarischen Minister.

WTB. **Wien, 21. Oktober.** Die „Ungar. Post" meldet: Ministerpräsident Dr. Wekerle ist gestern abend in Wien eingetroffen. Er sprach längere Zeit mit dem Minister des Aeußern Burian. Heute vormittag begab sich Dr. Wekerle in das Auswärtige Amt, wo eine gemeinsame Ministerkonferenz stattfand, an der Mitglieder der gemeinsamen Regierung und die beiden Ministerpräsidenten teilnahmen.

Die Grundlage dieser Besprechungen wird die Antwort Wilsons an Oesterreich-Ungarn gebildet haben.

Nun wird die Wahrheit an den Tag kommen.

WTB. **Berlin, 21. Okt. Zur Untersuchung der Wahrheit der Beschuldigungen über angebliche zwecklose Verwüstungen und Zerstörungen bei dem Rückzuge der deutschen Truppen hat sich eine neutrale Kommission, bestehend aus den in Brüssel wohnhaften Vertretern neutraler Staaten, an die Front begeben. Der Chef der politischen Abteilung in Brüssel, Gesandter Freiherr von der Lanken, hat die Führung der Kommission übernommen.**

Engländer für Wilsons Politik.

WTB. **Bern, 21. Oktober.** Nach „Daily News" fand in der Essex-Halle in London eine stark besuchte Versammlung statt, die das Lansdowne-Komitee einberufen hatte. Die Versammlung nahm einstimmig eine Entschließung an, die besagt, es sei im Interesse Englands, einen ehrenvollen Frieden auf Grund der von Wilson vorgeschlagenen und von Deutschland angenommenen Bedingungen zu schließen. Es sei zu hoffen, daß ein Waffenstillstand, der angemessene Bürgschaften vorsehe, einstimmig vereinbart werde. Der Vorsitzende Hugh Bell sagte, die Bedingungen Wilsons ließen Spielraum für Verhandlungen. Ein Friede auf Grund von Verhandlungen sei das, was sie immer erstrebt hätten. Lord Lansbury führte aus, er habe Vertrauen zu dem guten Glauben Wilsons, aber nicht zu den Leuten, die England leiteten. Das Parlament scheine außerstande, die Minister zu einer deutlichen Erklärung ihrer Politik zu nötigen. Ehe das geschehen sei, wisse man nicht, was Wilsons Alliierte glaubten oder wünschten. Hätte England Führer gehabt, die ihre Ziele und Bedingungen wie Wilson klar formuliert hätten, so wäre der Krieg längst beendet. Noel Buxton sagte, seine Freunde wollten Wilsons Politik und nichts als diese. Gegen eine Erniedrigung der militärischen Führer Deutschlands sei nichts einzuwenden. Wenn aber dem deutschen Volke eine Erniedrigung zugefügt werde, gehe man einem neuen Kriege entgegen.

Für die Erhaltung der deutschen Kolonien.

Bern, 21. Oktober. Die angesehene Haager Wochenschrift „De Toekomst" wendet sich sehr scharf gegen die englischen Bestrebungen, in den Besitz der deutschen Kolonien zu gelangen. Das Blatt sieht den besten Beweis für die gute Behandlung der Schwarzen unter deutscher Herrschaft in der Tatsache, daß nach vierjährigem Kolonialkriege die Deutschen in Ostafrika noch immer nicht besiegt werden konnten, obwohl sie von jeder Zufuhr abgeschnitten sind.

Der rumänische Ministerpräsident über die Lage.

Bukarest, 20. Oktober. Auf eine Anfrage des ententefreundlichen Abgeordneten Cuza in der Dobrudschafrage erwiderte Marghiloman: Während die Räumung der besetzten griechischen und serbischen Gebiete sofort erfolgte, wurden die besetzten Gebiete Rumäniens von der bulgarischen Armee nicht geräumt. Sollte der französische Gesandte namens seiner Regierung erklären, daß Rumänien bei einer Revision des Friedens die ganze Dobrudscha erhalten werde, werde ich selbstverständlich eine solche Erklärung mit Dank entgegennehmen. Solange dies aber nicht geschehen ist, müssen wir kaltes Blut bewahren. Ich stelle an Cuza und das ganze Land folgende Frage: Wenn wir uns nicht in diesen unglücklichen Krieg gestürzt hätten, insbesondere nicht in jenem Augenblicke, wo würden wir heute sein? Welche Rolle würde unser Land spielen, das vor allem Unglück bewahrt geblieben wäre? Welches war eine gute Politik: die, die gemacht wurde, oder die, die wir anempfahlen? Ich hoffe, daß man unsere Mahnung befolgen wird, und daß uns alle ohne Unterschied unterstützen werden.

Aus Antwerpen

erfährt der „Nieuwe Courant" durch Reisende, daß die Besatzung von Ostende, die aus Marinetruppen bestand, nach Antwerpen gekommen ist. Der südwestliche Teil der Befestigung von Antwerpen wurde unter Wasser gesetzt. Die Bevölkerung Antwerpens ist ruhig. Irgendeine Agitation macht sich nicht bemerkbar. Die Belgier murren aber gegen Wilson. Sie hatten auf einen baldigen Frieden gerechnet und fürchten nun, daß diese ihre Hoffnung sich nicht erfüllt.

Begnadigung verurteilter Belgier.

Brüssel, 20. Oktober. (Amtlich.) Der Generalgouverneur Generaloberst Freiherr v. Falkenhausen hat unter dem 18. Oktober d. J. allen Belgiern und Angehörigen neutraler Staaten die von deutschen Militärgerichten oder Militärbefehlshabern im Gebiete des Generalgouvernements zu Freiheitsstrafen verurteilt wurden und ihre Strafe zurzeit in Belgien verbüßen, den Rest der Strafe im Gnadenwege erlassen. Ausgeschlossen sind diejenigen, welche wegen gemeiner Vergehen verurteilt sind. Der Generalgouverneur hat weiter bestimmt, daß diejenigen Belgier und Angehörigen neutraler Staaten, wegen die im Militärprozeßverfahren Freiheitsstrafen bezw. Freiheitsentziehung verfügt worden ist, und die sich zurzeit in Belgien oder Deutschland in Lagern befinden, freigelassen werden. Mit der Entlassung wird am 21. Oktober d. J. begonnen werden. Nur eine beschränkte Anzahl von Persönlichkeiten, deren freie Bewegung in Belgien nach der Natur der Dinge nicht möglich ist, so lange daselbst noch gekämpft wird, wird erst bei der Räumung Belgiens in Freiheit gesetzt werden. Für diejenigen Belgier, die ihre Strafe in Deutschland verbüßen, ist ein gleicher Gnadenakt in Vorbereitung.

Die Schlacht im Ural.

Schanghai, 20. Oktober. Reuter. Im Ural wurden 8000 Bolschewiki, welche auf Jekaterinburg vorrücken, von tschecho-slowakischen und sibirischen Streitkräften schwer

---

Die schöne Unbekannte.

Eine lustige Geschichte von Elisabeth Postler.

7. Fortsetzung

Nachdruck verboten.

„Aber keine Sorge, gnädige Frau", beruhigte er die ängstliche Mutter, „Sie wissen ja, daß bei gesunden Organen die Sache nur unangenehm, aber durchaus nicht gefährlich ist. Das wird nun freilich nichts werden", fügte er im Vorbeigehen auf das Zaubergewand deutend hinzu, „aber wie gesagt, Grund zur Besorgnis ist nicht vorhanden."

Tante Röschen lief nur schnell noch mal nach Hause, um dann das Amt als Krankenwärterin anzutreten. Sie war ganz still und niedergedonnert, so daß Heinz sie gutmütig zu trösten versuchte, als er ihr den Mantel umgab.

„Ach, mein Junge", seufzte sie, „es ist mir beinahe, als ob dieses klägliche Ende meiner schönsten Faschingsträume eine gerechte Strafe für meinen Hochmut wäre."

„Na, du hast es ja aber so gut gemeint, Tante."

„Das freilich, aber lieber Gott, ich kann's nicht leugnen, ich wollte doch auch mit meiner hübschen Nichte Staat machen. Und nun wird das arme Ding noch mit bestraft. Ich glaube, Heinz, mir wird der Hochmut für ewige Zeiten vergehen. Aber pflegen will ich sie; sie selber kann nicht besser gepflegt haben."

Als Heinz die geknickte Tante hinausbegleitet hatte, konnte er seine geknickte Cousine trösten. Er fand sie an dem verlassenen Kaffeetische neben Fritzchens Bett sitzen und beide mit so kläglichen Gesichtern, daß er hell auflachen mußte, als er sie sah.

„Schade, daß Hertha dies nicht auch sehen kann; schon die Inbrunst, mit der du, liebe Margot, deine Tüte ans Herz schließt, ist zum Malen! Dazu der elegante Kaffeetisch mit zwei umgedrehten Tassen. Gleich ergießen sich die Wogen dieses künstlichen Niagaras über deinen Bisambesatz und werden auch diese schwärzliche Masse gierig durchweichen."

„Wirklich, es ist mir alles gleich", war Margots traurige Erwiderung.

„Mir aber nicht, liebes Bäschen"; er rückte den Tisch rasch beiseite. „Es wäre jammerschade, wenn das reizende Pelzjäckchen, das dir übrigens zum Verlieben gut steht, durch den berühmten Museniusschen Familienkaffee zugrunde ginge. Ebenso, wenn auch nicht ganz so bedauerlich, fände ich es, wenn dieses kostbare Kleinod seiner Bestimmung entginge." Damit nahm er seiner Cousine die Tüte ab. „Nun, Junge, fange nicht gar an zu heulen", wandte er sich vorwurfsvoll an seinen kleinen Bruder, „die Hertha wird rasch wieder gesund, das ist keine Sache. Komm, du darfst auch welche haben; ich habe den Doktor gefragt." Er schüttete die süße Masse der Pralinees auf den Tisch ins Trockene und begann kunstgerecht zu teilen. Mit sicherem Animus fanden sich die beiden Kleinen, denen noch höchst verdächtige Kuchenkrümel an den Mundwinkeln klebten, wieder aus ihrem Versteck, in dem sie jedenfalls irgendeine Schandtat vollbracht, ein. Es dauerte nicht lange, so hatte Heinz wirklich die entflohene Gemütlichkeit wieder zurückgezaubert. Der Kaffeetisch war auf Heinzens Befehl abgeräumt und Fritzchen, der wieder Ruhe haben sollte, endlich allein gelassen. Margot mußte doch auch noch das Feengewand sehen. Aber da setzte Margot aufs neue ihre klassische Jammermiene auf, wie Heinz meinte. Sie war nun schon über die Krankheit ihrer geliebten Cousine beruhigt, aber beim Anblicke dieses entzückenden Kostüms konnte sie sich doch nicht enthalten, es sich auszumalen, wie hinreißend schön es sich an Herthas Gestalt anschmiegen müßte. „Ich müßte kein Weib sein, wenn ich nicht für mein Leben gern wüßte, wie es beim Tragen aussähe."

„Wenn's weiter nichts ist", rief der gefällige Heinz vergnügt, „das kann ich dir in Figura zeigen!" und geschickt warf er sich das lose Gewand über. „Was, gar nicht so übel, eine zweite verbesserte Auflage meiner süßen Schwester!"

„O, Heinz, lieber guter Heinz!" Marots Augen wurden vor Aufregung immer größer und größer, „ich weiß, was wir tun: du gehst an Herthas Stelle auf den Ball, du siehst ihr wirklich täuschend ähnlich; die vielen Falten lassen nur die schlankgebaute Gestalt durchblicken."

Die Pseudodame machte einen zierlichen Knix und errötete wirklich über diese schmeichelhafte Bemerkung.

„Nun muß Nanette dich noch unter ihre geschickten Finger bekommen; eine Perücke, eine Maske vors Gesicht, die Augen sind wirklich ganz genau wie Herthas."

Die schönen Hertha-Augen blitzten die liebenswürdige Rezensentin herausfordernd an.

„Solche Schmachtaugen darfst du freilich nicht machen, das ist man an der sanften Hertha nicht gewohnt."

„Die mache ich auch nur, wenn ich dich ansehe, meine herzliebe kleine Cousine, und das ist die Gesellschaft doch gewöhnt."

Diesmal flog über Margots blasses Gesichtchen höchst unbegründet ein heißes Erröten.

Aber Heinz schien bei Erwähnung des innigen Verhältnisses, in dem die beiden Cousinen zueinander standen, plötzlich Lust zu bekommen, die Sache wirklich ernst zu nehmen.

„Also befiehlst du, süße Base, so stehe ich dir in jeder Gestalt und in jedem Kostüm der Welt als getreuer Schutzgeist an dem betreffenden Abend zur Seite. Es wäre ja nicht das erste Mal, daß ich den schüchternen Backfisch in Herthas Kleidern spielte. Auf Tante Agathes Polterabend, weißt du, wurden ja ordentliche Wetten gemacht, welche der gleichkostümierten Zwillingsschwestern Herthas Seele beherberge."

„Ja, du spieltest deine Rolle ausgezeichnet und wirst dies auch Montag tun. Also, lieber Heinz, es bleibt dabei!"

„Das heißt —"

„Nun?"

Heinz, dem schlauen Juristen, kam's plötzlich in den Sinn, daß er nicht so ohne weiteres ein Versprechen geben müsse; ein bißchen Zögern konnte nichts schaden, es ließe sich bei dieser passenden Gelegenheit auch gewiß ein kleinerer unschuldiger Vorteil ausnutzen.

„Ja, aber mein Kind, wer soll denn mein bescheidenes Ich vorstellen", meinte er bedenklich, das Zaubergewand abstreifend, „oder glaubst du, daß mein Fehlen niemand beachten würde?"

„Weißt du, ihr habt den Winter so oft gefehlt, daß es wirklich so auffallend nicht wäre; du kannst irgendeine Abhaltung haben, die Herren der Schöpfung finden immer einen Grund, wenn sie einen finden wollen. Also es bleibt dabei!"

Margot rückte sich ihr Pelzbarett zurecht, steckte die schlanken Hände wieder in den hübschen Muff und wartete nur noch auf die Tante, von der sie nicht ohne Abschied gehen wollte.

Heinz hatte vorher schon sehr richtig bemerkt, daß das Straßenkostüm ihr vorzüglich stand. (Fortsetzung folgt.)

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-848334-19181022010/fragment/page=0002

geschlagen und zurückgetrieben. 1000 Bolschewikis wurden getötet, drei Panzerzüge, 11 Lokomotiven und 60 Maschinengewehre erbeutet.

Giesberts über Deutschlands Zukunft.

Unterstaatssekretär Giesberts hielt in Frankfurt a. M. in einer stark besuchten Versammlung einen Vortrag über das Thema: „Neue Wege im Deutschen Reiche", in dem er u. a. sagte:

„Es handelt sich tatsächlich um einen Existenzkampf nicht nur des Deutschen Reiches, sondern auch des deutschen Volkes, der von der internationalen Eifersucht auf unsere Stellung bewirkt ist. Der verlorene Weltkrieg für Deutschland wäre keine Schmach für Deutschland, wohl aber für Europa. Wenn aber der Krieg für uns verloren sein würde, dann würde die folgende Zerstückelung Europas eine Schande für die Völker dieses Erdteils bedeuten, die, nachdem sie Amerika erst groß gemacht haben, nun zu Lohnsklaven des amerikanischen Großkapitals werden würden. Das läßt sich Europa sicher nicht auf die Dauer gefallen. Wir haben in diesem Kriege so Großes geleistet, daß wir jetzt nicht kleinmütig zu werden brauchen. Wir könnten uns ein **Beispiel an den Franzosen nehmen, die unter viel ungünstigeren Verhältnissen Mut und Vertrauen nicht verloren.** Obgleich wir gleich bei Kriegsbeginn die Marne-Schlacht verloren und schon damals einer gewaltigen Mehrheit gegenüberstanden, haben wir dann doch vier Jahre Sieg an Sieg errungen und einen Feind nach dem andern bezwungen. Deutschland wird nicht zugrunde gehen. Wir haben Jena und Tilsit überstanden und müssen uns auch heute bemühen, das deutsche Volk zur ersten Kulturnation in der Welt werden zu lassen. Wir wollen Frieden, aber keinen Frieden der Unkultur, und werden, wenn es nötig ist, **auch den letzten Mann an die Front stellen.**

Bezüglich der Demokratisierung des deutschen Volkes und der deutschen Regierung sagte der Redner, er glaube, das deutsche Volk werde die demokratischen Errungenschaften dieser Zeit begrüßen. Die Kräfte, aus denen heraus sich Deutschlands Demokratisierung entwickelte, waren bei uns stets lebendig und werden lebendig bleiben. Aber die Demokratisierung, die wir in Deutschland betreiben, wird nie die imperialistische und kapitalistische Richtung nehmen, wie die sogenannte Demokratie in Amerika, England und Frankreich, und unsere neue Richtung wird auch der Bedeutung der Frau im öffentlichen Leben mehr Rechnung tragen müssen, als es bisher der Fall war. Neue Steuergesetze werden allerdings kommen. Aber vor allem werden die besitzenden Klassen ihr Scherflein dazu beitragen müssen. Die Verpflichtungen gegen Volk und Vaterland müssen ausschlaggebend sein in dieser kritischen Zeit. Der neue deutsche Volksstaat wird Deutschland zu neuer Blüte führen und uns einen dauernden Frieden in ernster sozialer Kulturarbeit bringen."

Der Reichskanzler über Litauen.

Das Präsidium der Taryba beim Prinzen Max.

Der Reichskanzler empfing Sonntag vormittag das Präsidium der litauischen Taryba, den Präsidenten Smetona, Dr. Schaulis und Professor Woldemar, die ihm die Wünsche des litauischen Volkes für die Neugestaltung des litauischen Staates vortrugen. Prinz Max von Baden machte den Herren über die Auffassung der Kaiserlich Deutschen Regierung folgende Mitteilung:

„Wie im Reichstage verkündet, will das Deutsche Reich dem litauischen Volke selbst die Regelung seiner Verfassung und seiner Beziehungen zu den Nachbarvölkern überlassen.

Nachdem das Deutsche Reich das Selbstbestimmungsrecht der Völker anerkannt hat, muß gemäß den abgegebenen Erklärungen der Wille der Bevölkerung selbst über die staatliche Zugehörigkeit entscheiden. Es liegt daher auch nicht in der Absicht der Reichsleitung, selbständig eine Entscheidung über die Grenzen Litauens und Polens zu treffen.

Ebenso ist beabsichtigt, die gesetzgebende Gewalt einer eigenen litauischen Regierung zu übertragen. Es wird Sache der Taryba sein, diese vorläufige Regierung unter Hinzuziehung aller Schichten und Nationalitäten der Bevölkerung zu bilden.

Die Bildung der in Aussicht gestellten allgemeinen Volksvertretung auf breiter Grundlage wird Aufgabe der vorläufigen litauischen Regierung sein. Die von der Kaiserlich Deutschen Regierung verheißene Umwandlung der Militär- in eine Zivilverwaltung ist bereits in die Wege geleitet. Diese deutsche Zivilverwaltung wird nur die vollziehende Gewalt so lange ausüben, bis die litauische Regierung nach Aufbau ihrer einzelnen Ressorts in der Lage ist, sie selbst zu übernehmen.

Obwohl die Reichsleitung den Wunsch hat, die gesamten deutschen Truppen so bald wie möglich aus Litauen zurückzuziehen, ist sie bereit, den vielfachen aus dem Lande geäußerten Wünschen entsprechend, Truppen und Verkehrsmittel einstweilen im Lande zu belassen. Der vorläufigen litauischen Regierung würde die Schaffung einer Miliz und Polizeitruppe obliegen."

Hiernach wird der litauischen Taryba wohl nichts mehr zu fordern übrig bleiben. Sie hat alles erreicht, was ihr erstrebenswert schien.

Deutsches Reich.

Die Staatssekretäre beim Kaiser.

Berlin, 21. Oktober. Der Kaiser empfing heute nachmittag in Gegenwart des Reichskanzlers die neu ernannten Staatssekretäre Scheidemann, Groeber, Erzberger, Haußmann, Trimborn, Bauer und die Unterstaatssekretäre David, Giesberts, Robert Schmidt, Dr. August Müller.

Ein Aufruf des Bundes der Landwirte.

Der Bund der Landwirte veröffentlicht einen Aufruf, in dem er erklärt, daß nach dem Verlangen Wilsons wir uns einem Machtfrieden unterwerfen sollen, den er im Verein mit der Entente diktiert, und wonach Elsaß-Lothringen, Oberschlesien, Posen, Westpreußen und Danzig abgetreten und somit Ostpreußen vom Reiche getrennt würde. Wilson könnte auch noch weitere Forderungen stellen, die eine ungeheure Verschuldung, Verarmung und Verelendung des deutschen Volkes zur Folge haben müßten. Daher heiße es jetzt, alle Kräfte zusammenzufassen, und den Feinden zu zeigen, daß wir bereit seien, jedes Opfer für Deutschlands Ehre und Zukunft zu bringen.

Die Zusammensetzung des Herrenhauses.

Nach den Beschlüssen der 17. Kommission, die am Donnerstag, mitags 1 Uhr, vom Plenum des Herrenhauses bestätigt werden sollen, setzt sich das künftige Herrenhaus im Vergleich zum jetzigen folgendermaßen zusammen:

Fürstliches Haus Hohenzollern	1	1
Reichsständische Häuser	22	22
Fürsten, Grafen und Herren	51	51
Mitglieder mit erbl. Berechtigung	43	30
Inh. der vier großen Landesämter	4	—
Aus besond. Vertrauen berufen	98	150 (höchstens)
Bürgermeister	51	61
Die Vorsitzenden der provinzialen Landwirtschaftskammern	—	13
Vertreter der Stifter	3	—
Vertreter gräflicher Rittergüter	8	—
Familienverb. m. gr. Grundbesitz	18	18
Verbände des alten Grundbesitzes	90	60
Landesuniversitäten	10	15
Nicht präsentationsberecht. Städte	—	12
Leiter v. Großuntern. d. Industrie	—	24
Ebenso des Handels	—	12
Vertreter der Handelskammern	—	36
Vertreter der Handwerkskammern	—	12
Vertreter der Arbeiter	—	13
Vertreter der Angestellten	—	8
zusammen	399	541 (höchstens)

Von den bisher zur Mitgliedschaft berechtigten Personen sollen 58 einstweilen noch im Herrenhause verbleiben; ihre Rechte sind an die Person ihrer Inhaber gebunden und erlöschen mit deren Ausscheiden.

Eine nationalliberale Kundgebung für die Regierung.

Köln, 21. Oktober. Der Vorstand der nationalliberalen Partei der Rheinprovinz war mit einer großen Zahl von Vertrauensmännern zu einer Aussprache über die politische Lage versammelt. Zum Schluß wurde folgende Entschließung einstimmig angenommen:

Die in einer Sitzung des Provinzialvorstandes versammelten Vertrauensmänner der nationalliberalen Partei der Rheinprovinz sprechen, nach dem Bericht des Vorsitzenden über die militärische Lage und die politischen Vorgänge, der nationalliberalen Reichstagsfraktion ihre volle Zustimmung zu der in der jetzigen schweren Lage befolgten Politik aus. Sie billigen den Eintritt der nationalliberalen Partei in die Regierung und vertrauen, daß unter deren Mitwirkung ein ehrenvoller Friede zustande kommt. Sollte dieser aber an uns demütigenden und mit Vernichtung bedrohenden Forderungen unserer Gegner scheitern, so sind die versammelten Vertrauensmänner einmütig davon überzeugt, daß das ganze deutsche Volk in geschlossener Front den letzten Entscheidungskampf für Leben und Freiheit trotz schwerer neuer Opfer mit aller Kraft aufnehmen und lieber bis zum letzten Atemzug mit Ehren kämpfend unterliegen, als durch einen schmachvollen Frieden sich erniedrigen und seine Zukunft preisgeben wird.

Ein neuer Milliardenkredit. Dem Reichstage wird voraussichtlich Mitte November eine neue Kriegskreditvorlage in der Höhe von wieder 15 Milliarden Mark zugehen.

Halle und Umgebung.

Halle, den 22. Oktober 1918.

Erlebnisse im zaristischen und bolschewistischen Rußland.

Revolution war das Thema, über das Alexander Mosler am Sonnabend in den Thaliasälen sprach. An der Hand zahlreicher Lichtbilder führte er die Zuhörer durch das zaristische und bolschewistische Rußland. Als Redakteur einer deutschen Zeitung, der „Kaukasischen Post", lebte er vor dem Krieg in Tiflis. Er schilderte die Mobilmachung der Gebirgsvölker, der Georgier, Armenier und Tscherkessen, die in langen Reihen zur Fahne eilten. Die Tartaren hielten von Anfang an zu den Freunden ihrer türkischen Glaubensgenossen und viele kamen ins Gefängnis. Bald wurde aber auf die Deutschen selbst Jagd gemacht. Der Vortragende wurde mit 80 Verbrechern in ein Gefängnis gesteckt und zur Zwangsarbeit in Sibirien verurteilt. Mit Zuchthäuslern, Räubern und Mördern an Ketten geschlossen, wird er von Kerker zu Kerker geschleppt, muß in dunkeln, feuchten Gewölben leben fast ohne Nahrung in Nässe und Kälte, von Ungeziefer geplagt. So gelangte er über Rostow, Moskau, Wiatka nach Glasow und von hier mit Schlitten nach einem abgelegenen Walddorf, wo man ihn aussetzte und seinem Schicksal überließ, mitten im sibirischen Winter, ohne Geld und ausreichende Kleidung. Als Dorfarmer muß er vor den Türen liegen und betteln, mit niedrigen Arbeiten sein Brot verdienen. Aber bald wird er wieder verhaftet, von Nikolajewitsch der Spionage angeklagt, und gelangt schließlich nach Petersburg, wo er täglich den Tod erwartet. Das Gefängnis war mit politischen Verbrechern gefüllt, die Zustände fürchterlich. Die Gefangenen verständigten sich durch eine Klopfsprache, und so erfuhren sie wenigstens durch Neueingebrachte die wichtigsten Ereignisse, die Besiegung der Rumänen, das Friedensangebot der Deutschen und schließlich Hungerrevolten und bevorstehende Revolution in Petersburg.

Am 12. März kam der Tag der Befreiung, das Gefängnis wurde von den Bolschewiki gestürmt. Der Vortragende muß sich an den Straßenkämpfen, am Plündern und dem Bau von Barrikaden beteiligen und flüchtet schließlich in die schwedische Gesandtschaft, wo er 6 Monate lebt. Dann wird er wieder verhaftet, liegt mit Lwow und dem Fähnrich Krylenko im Gefängnis und erfährt die Geschichte Rasputins. Er lernt die Revolution mit allen ihren Schrecken kennen. Wegen Erkrankung kommt er ins Gefängnishospital. Hier werden die Austauschtransporte schwerverwundeter Kriegsgefangener zusammengestellt und es gelingt ihm, sich an Stelle eines gestorbenen österreichischen Soldaten über Schweden nach Deutschland zu schmuggeln.

Aber wie ist er enttäuscht, als er ein Volk findet, das den Mut zu verlieren droht! Wie die Entente die Stimmung bei uns niederdrückt, dafür hat er selbst Beispiele erlebt. Innerhalb von 14 Tagen kamen nicht weniger als 5 englische Söldlinge zu ihm, um ihn zum Landesverrat aufzufordern. Ein Offizier der finnischen Grenzwache versprach ihm Befreiung aus dem Gefängnis und Heimkehr nach Deutschland, wenn er ihn dort einführen und mit ihm Straßendemonstrationen und Hungerrevolten ins Werk setzen wolle. Damit sei schon viel getan. Das ist nur ein Beispiel, wie England arbeitet, um unsere innere Front zu brechen. Zahllose Agenten leben in unserm Lande, die falsche Gerüchte aussprengen und die Unzufriedenheit nähren. Und leider ist der Deutsche dadurch so leicht zu beeinflussen. **Darum heißt es auf der Hut sein und sich nicht betören lassen!**

Eine vaterländische Kundgebung sämtlicher hiesiger katholischer Frauenvereine

fand am 20. d. Mts. im dichtbesetzten Saale der Kaiser-Wilhelmshalle statt. Herr Dechant Heddergott behandelte in fesselnder, zu Herzen gehender Weise die Frage: „Was fordert das Vaterland in der Stunde der Gefahr von den deutschen Frauen?" Zum Schluß wurde einmütig folgende Erklärung angenommen:

„Der Vernichtungswille unserer Feinde umklammert unser geliebtes Vaterland immer enger. Stunden der bittersten äußeren und inneren Not bedrängen die Seele unseres Volkes. Aber auch die höchste Gefahr soll uns deutsche Frauen an unserem Posten finden; denn wir wissen, daß wir in erster Linie die Heimatfront bilden und die starke, opfermutige oder niedergedrückte, mut- und kraftlose Stimmung der Heimat schaffen.

Schwere Verantwortung liegt also auf unseren Schultern; wir wollen sie tragen, damit nicht die Taten hoher Tapferkeit, die Arbeiten und Entbehrungen von vier schweren Kriegsjahren in wenigen Wochen oder Tagen in ihrem Erfolg vernichtet werden.

Wir wissen, daß der Friede, den wir im härtesten Kampfe erringen können, das Schicksal unseres Volkes auf Jahrzehnte, vielleicht auf Jahrhunderte hinaus bestimmt und gestaltet. Wir wissen, daß es treulos ist und jeder hohen Gesinnung widerstreitet, das Vaterland in der Stunde der Gefahr im Stich zu lassen. Wir wissen, daß die stärkste äußere Front nicht hält, wenn die innere zusammenbricht, und daß wir es unsern geliebten Gefallenen, unseren todesmutig kämpfenden Truppen schuldig sind, Kraft, Vertrauen und Opferwillen zu bewahren. Und wir wissen endlich, daß im Gang der Weltgeschichte die ewige Vorsehung ihren Willen offenbart, und daß Gott uns am nächsten ist, wenn Leid und Not uns mit tiefstem Dunkel umhüllen.

Wir legen also das Schicksal unseres Volkes in Gottes Hand. Wir selber aber wollen im Sturm der Zeiten aufrecht stehen, bereit zu tragen, zu arbeiten und zu entbehren und so die Heimat für die letzten Kämpfe um den Frieden zu stärken. Und indem wir in unserm Herzen die Gesinnung des Friedens pflegen, wollen wir die inneren Vorbedingungen schaffen, um nach den Wettern des Krieges den Neuaufbau unseres Volkstums mit neuer Kraft beginnen zu können."

Die 2. Kriegstagung des Verbandes der Feuerbestattungsvereine, der Geh. Justizrat Gündel vom Reichsjustizamt und Stadtv. Waldeck-Manasse als Vertreter der Stadt Berlin beiwohnten, beschäftigte sich mit der angestrebten reichsgesetzlichen Regelung der Feuerbestattung. Auf die an Bundesrat und Reichstag gesandte Eingabe ist vom Reichsamt des Innern, dem der Bundesrat die Petition überwiesen hatte, ein ablehnender Bescheid ergangen. Man beschloß eine nachträgliche Eingabe, wobei der Hoffnung Ausdruck gegeben wurde, daß die politischen Reformen in Deutschland auch der Feuerbestattung zugute kommen werden. — Oberbürgermeister Schmieder (Eisenach) gab zu bedenken, daß das Reichsamt des Innern in jetziger Besetzung „kulturelle Sicherungen" in den Vordergrund stellen werde. Direktor Manly (Berlin) besprach die Uebelstände der letztwilligen Verfügung. Auf Antrag des Eisenbahn-Obersekretärs Panse (Berlin) wird der Vorstand das Eisenbahnministerium ersuchen, mit Rücksicht auf den Mangel an Zinkblech zu gestatten, die Beförderung von Leichen in gut abgedichteten Holzsärgen vornehmen und letztere im Hinblick auf den herrschenden Wagenmangel mit anderen Ladegütern zusammen versenden zu dürfen. — Wie der Vorsitzende, Sanitätsrat Dr. Wegscheider (Berlin), mitteilte, bestehen zurzeit 51 Krematorien in Deutschland; in Plauen und Königsberg i. Pr. werden solche bald eröffnet. In Berlin genügt das eine Krematorium in der Gerichtstraße schon lange nicht den Anforderungen; die Stadt läßt ein zweites in der Diestelmeyerstraße errichten, und auch der Westen Berlins wird in absehbarer Zeit sein Krematorium besitzen.

Bei der Sparkasse des Saalkreises betragen die Zeichnungen auf die 9. Kriegsanleihe 6 019 400 Mk. Die Zeichnungsfrist ist bis 6. November mittags 1 Uhr verlängert worden. Bis dahin werden Zeichnungen bei der Hauptkasse in Halle von 8—1 Uhr und bei den Nebenstellen in Könnern, Wettin, Niemberg, Giebichenstein, Beesenlaublingen, Osmünde, Dölau, Ammendorf, Capellenende und Diemitz, sowie bei den im Saalkreise bestellten Vertrauensmännern angenommen.

Lotte und Wilhelm Meves boten im Mozartsaale humoristische hoch- und plattdeutsche Rezitationen, Lieder und Schnurren zur Laute. Die Dame zeigte dabei eine weiche, volle, aber nicht sehr große Stimme und natürlichen, angenehmen Vortrag, der indessen mehr Temperament vertrüge. Der Herr wiederum hatte mit einem „Tanzlied", mit „Frauenlob" und „Linde, grüne Linde" viel Erfolg, während beide im Zwiegesang zu zwei Lauten, z. B. in „Schau her, mein liebes Gretel", sehr gefielen. Im ganzen war es eine recht ansprechende Abendunterhaltung, und das Künstlerpaar kann bei fortschreitender Ausbildung seiner sympathischen Mittel noch mehr erzielen. Dr.

Der Vaterländische Frauenverein teilt mit, daß Herr Prof. Rahlwes durch Krankheit verhindert ist, das Kirchenkonzert am 22. ds. in der Marktkirche zu leiten und daß Herr Direktor Braun vom Stadttheater die Vertretung übernimmt.

Herrnhuter- und Gnadauer Zusammenkunft. Freitag, den 25. Oktober, 4 Uhr findet ein Familiennachmittag Kl. Klausstraße 12 statt, an dem Pastor Williger reden wird über: „Gesegnete Trübsalswetter in der Wetterau". Sonntag, den 27. ds., ½5 Uhr hält Pastor Williger eine Bibelstunde Hedwigstr. 21 über: „Jesu Reden über das Ende". Jedermann ist willkommen.

Ein tödlicher Unglücksfall ereignete sich Montag nachmittag gegen 2½ Uhr in der Geiststraße in der Nähe der Konditorei David. Eine Frau, welche die elektrische Bahn besteigen wollte, wurde durch ein Fuhrwerk des Abfuhrgeschäftes Banse so unglücklich überfahren, daß der Tod auf der Stelle eintrat. Ueber die Persönlichkeit der Verunglückten ist noch nichts bekannt.

Provinzial-Nachrichten.

Wittenberg, 21. Okt. (Oberbürgermeister Dr. Schirmer) ist aus seinem Amt geschieden. Er hat 24 Jahre an der Spitze der städtischen Verwaltung gestanden.

Dessau, 21. Okt. (Das Explosionsunglück in der Berlin-Anhaltischen Maschinenfabrik Dessau) hat sich leider als noch schwerer herausgestellt, als die ersten Meldungen erkennen ließen. Bisher sind 70 Tote und etwa 50 schwer und leicht Verletzte gezählt. Es ist jedoch nicht ausgeschlossen, daß diese Zahl sich noch um einige Opfer erhöhen wird, da die Aufräumungsarbeiten unter Mitwirkung militärischer Hilfe noch im Gange sind. Die Ermittelungen über die Entstehungsursache haben bisher zu keinem Ergebnis geführt. Ein Sabotageakt scheint jedoch nicht vorzuliegen.

Dessau, 21. Okt. (Rache.) Ein Mann kam dieser Tage in das benachbarte Dorf Sch. und erbat sich in einer Wirtschaft ein wenig Milch. Er wurde abgewiesen. Zufällig sah er, daß in dem Hause ein heimliches Schlachtefest gefeiert wurde. Er ging nun stracks zur Polizei und meldete seine Wahrnehmung. Der Hüter der Ordnung eilte schnell herbei und beschlagnahmte das gesamte Geschlachtete.

Magdeburg, 21. Oktober. (In der dritten vaterländischen Kundgebung) sprach Reichstagsabgeordneter Kopsch-Berlin. Wer jetzt versuche, das erstarkte Vertrauen zwischen Volk und Regierung, Volk und Fürst zu stören, habe die gegenwärtige Zeit nicht verstanden. Den Krieg gegen die

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-848334-19181022010/fragment/page=0003

europäischen Staaten hätten wir glänzend gewonnen und im Kampfe gegen die ganze Welt bisher in Ehren bestanden. Unsere militärische Lage sei so, daß das deutsche Volk sich keiner Entmutigung, die in solchem Maße in Frankreich nie zu spüren gewesen sei, schämen müßte. Der Vortragende wandte sich dann gegen die Gerüchte, die über Geist, Verpflegung und Behandlung der Fronttruppen umlaufen und wußte von Beispielen rührender Kameradschaftlichkeit zwischen Offizieren und Mannschaften zu berichten. Nach Schilderung unserer aus eigener Kraft geschaffenen finanziellen und der sich bessernden wirtschaftlichen Lage verbreitete sich der Vortragende über unser Friedensangebot an Wilson. Von Wilsons Antwort würde das Urteil der Weltgeschichte über ihn abhängen. Deutschland aber würde, wenn es sein müßte, entschlossen in den letzten schweren Teil seines Kampfes um Existenz und Zukunft eintreten. — Die packenden Ausführungen lösten stärksten Beifall aus.

Magdeburg, 21. Okt. (**Ordensauszeichnung.**) Dem zurückgetretenen stellvertretenden Kommandierenden General des 4. Armeekorps, Generalleutnant **Sontag**, wurde der Stern zum Roten Adler-Orden zweiter Klasse mit Eichenlaub und Schwertern verliehen.

Leinefelde, 21. Okt. (**Giftmischerin und Räuberin.**) Vor einigen Tagen fand man in dem von Kassel kommenden Personenzug 571 morgens gegen 6 Uhr kurz vor Eintreffen des Zuges auf der Station Leinefelde in dem Abort des letzten Personenwagens ein etwa 16jähriges Mädchen bewußtlos auf. Das Mädchen, dem Fahrkarte und Reisegepäck fehlte, wurde in das hiesige Krankenhaus übergeführt, wo es tagelang bewußtlos lag. Nach bisherigen Ermittlungen stammt die Kranke aus Zwesten (Bez. Kassel). Vermutlich eine Munitionsarbeiterin, die sich während der Fahrt mit dem Mädchen angefreundet hatte, brachte ihm Morphium bei, wodurch das Mädchen bewußtlos wurde. Die Giftmischerin hat anscheinend dem Mädchen die Fahrkarte und das aus Lebensmitteln und Kleidung bestehende Handgepäck geraubt und ist mit demselben Zuge in der Richtung nach Berlin weitergefahren. Wie erzählt wird, hat die Räuberin in der Gegend von Güsten mit Erfolg dasselbe Manöver wiederholt. Auch dort soll ein vertrauensseliges Mädchen das Opfer der Verbrecherin geworden sein.

Leipzig, 20. Okt. (**Zur Pflege des Kunsthandwerks.**) Seit längerer Zeit sind Bestrebungen im Gange, das deutsche Kunsthandwerk mehr als bisher zur Geltung zu bringen. Da die bisherigen Verhandlungen zu keinem Ergebnisse geführt haben, so hat die Sächsische Landesstelle als Vertreterin einer Reihe von Vereinigungen deutscher Kunsthandwerker sich an die sächsische Regierung gewandt mit der Bitte, das Kunsthandwerk durch eine Beihilfe zu unterstützen. Das Kgl. Ministerium hat sich nunmehr bereit erklärt, den sich auf etwa 18 000 Mk. belaufenden Mietzins für die in Aussicht genommenen, im Meßhause Neumarkt 35 gelegenen 270 Quadratmeter großen Meßräume zu übernehmen, soweit er nicht durch die Platzmiete gedeckt wird. Der Verkauf soll nur während der Messe stattfinden. Die Stadt Leipzig hat sich vorbehahtlich der Genehmigung der Stadtverordneten ebenfalls zu einer größeren Beihilfe bereit erklärt. Der Anschluß steht also allen deutschen Kunsthandwerkern offen.

Vermischtes.

Die Grippe.

Berlin, 21. Oktober. Die Grippe ist seit etwa 14 Tagen in erheblich stärkerer Verbreitung wieder erschienen. Nicht nur die Zahl der Fälle, sondern auch die Schwere derselben hat in letzter Zeit merklich zugenommen. Schwere Lungenentzündungen, welche vielfach tödlich enden, und ruhrartige Erkrankungen sind im Verlaufe der Grippe beobachtet worden. Besonders häufig sind jugendlichere Personen, namentlich Frauen, erkrankt. Man soll Berichten, welche im Publikum verbreitet sind, daß in Berlin oder in Deutschland Lungenpest oder Hungertyphus ausgebrochen wären, nicht glauben. Davon kann überhaupt gar keine Rede sein. Die Wahrscheinlichkeit spricht dafür, daß die Krankheit in einigen Wochen zurückgehen wird. Die von den Behörden empfohlenen Schulschließungen werden sicherlich erheblich dazu beitragen.

Die Cholera in Berlin erloschen.

Berlin, 21. Okt. Die Cholera-Erkrankungen in Berlin und Umgebung, über welche Ausgang September berichtet worden ist, sind sämtlich erloschen. Im ganzen handelte es sich um 19 Erkrankungen, von denen 15 tödlich endeten und vier in Genesung übergingen, sowie um drei Bazillenträger. Die anfangs gegebene Mitteilung, daß bei der Entstehung und Verbreitung der Cholerafälle in Berlin eine Roßschlächterei in der Linienstraße eine ausschlaggebende Rolle gespielt hat, hat sich bestätigt.

Große Zerstörungen durch einen Sturm. Ein Zyklon verwüstete den Nordteil der griechischen Insel **Zante**. Die Zahl der Opfer ist groß; der Schaden beträchtlich.

Eine neue **Kohle**, die weder schwarz noch braun aussieht, hat man bei **Oelsnitz** i. Vogtlande auf einem Steinkohlenschacht gefunden. Sie sieht grau aus und entwickelt eine solche Heizkraft, daß sie sich für den Hausbrand nicht eignet; um so größer ist ihr Wert für Industriezwecke.

Furchtbare **Rache** übte in Oudenrijn (Holland) ein verschmähter Liebhaber. Er überfiel seine Geliebte in der Nähe einer Jauchengrube und drückte ihren Kopf so lange in die Flüssigkeit, bis das Mädchen keinen Laut mehr von sich gab. Der Mörder wurde verhaftet.

Sport-Nachrichten der „Saale-Zeitung".

Pferdesport.

Köln-Karlshorst.

Rennen am 21. Oktober.

(Eigene Drahtmeldung der Saale-Zeitung.)

1. **Verkaufs-Rennen** (1800 Meter, 12 000 Mark): 1. Brummer (O. Schmidt), 2. Husar (Schläfke), 3. Hodeida (Rastenberger). Sieg 14 : 10.

2. **Dark-Ronald-Rennen** (1800 Mtr., 13 000 Mk.): 1. Wacholder (Rastenberger), 2. Patrone (O. Schmidt), 3. Dolman (Bleuler). Sieg 75, Platz 13, 11 : 10.

3. **Preis des Winterfavoriten** (1600 Meter, 40 000 Mk.): 1. Tulipan (Kaiser), 2. Georgios (O. Schmidt), 3. Glockenturm (Rastenberger). Sieg 22, Platz 10, 12, 10 : 10.

4. **Chamant-Rennen** (2200 Meter, 35 000 Mark): 1. Skarabae (Rastenberger), 2. Lorbeer (O. Schmidt), 3. Prunus (Bleuler). Sieg: 12, Platz 25, 27 : 10.

5. **Ard-Patrick-Ausgleich** (1600 Mtr., 13 000 Mk., für Dreijährige): 1. Reinfall (R. Fischer), 2. Silistria (Zimmermann), 3, Steinkohle (Kaiser). Totes Rennen. Sieg 60, Platz 19, 18, 23 : 10.

6. **Franz-Egon-Metternich-Rennen** (1600 Mtr., 36 000 Mark): 1. Einsiedler (Kaiser), 2. Optimist (O. Schmidt), 3. Blätterteig (Bleuler). Sieg 33, Platz 15, 15 : 10.

7. **Talion-Rennen** (1200 Mtr., 15 000 Mk., für Zweijährige): 1. Abteilung: 1. Neulüß (Tentsch), 2. Obhut (Kaiser), 3. Gibraltar (Rastenberger). Sieg 175, Platz 37, 23, 22 : 10. — 2. Abteilung: 1. Craiowa (Stolpe), 2. Wünschelrute (Bleuler), 3. Heidelerche (Olejnik). Sieg 32, Platz 15, 18, 19 : 10.

Fußballsport.

Der Sonntags-Fußballsport in Halle.

Die Fußballspiele am Sonntag hatten stark unter dem aufgeweichten Boden zu leiden, verliefen aber, bis auf das Spiel Wacker—Hohenzollern, programmäßig.

Wacker—Hohenzollern 4 : 0 (2 : 0). Einen recht interessanten Kampf lieferten sich beide Vereine, den Wacker dank größerer Energie gewann. Wacker hatte das Spiel fast dauernd in der Hand. Bis Halbzeit erzielte Wacker 2 Tore. Nach der Pause dasselbe Bild. Trotzdem Wacker gegen Schluß bedeutend geschwächt war, konnte er dennoch 2 Treffer erzielen. Hohenzollern konnte trotz eifrigen Spielens nichts erreichen.

Borussia—V. f. B. Merseburg 3 : 2 (1 : 0). Ein scharfer Kampf um die zwei wertvollen Punkte. Beiderseits sah man Ersatz, der sich aber ganz gut bewährte. Kurz nach Anfang erzielte Bachmann das erste Tor, dem nach der Pause zwei weitere Treffer folgten. V. f. B. holte erst kurz vor Schluß 2 Tore auf, zum Ausgleich reichte aber die Zeit nicht mehr aus.

96—Sportfreunde 4 : 1 (4 : 0). Trotz verschiedener Ersatzleute holte sich 96 diese 2 Punkte glatt. In der ersten Spielhälfte spielte 96 recht zielbewußt, zeigte aber nach der Pause wieder ein recht flaues Spiel. Die Tore für 96 fielen in der ersten Halbzeit, Sportfreunde dagegen konnte nach der Pause die Ehre retten.

*

Stand der Meisterschaftsspiele.

	Gesp.	Gew.	Unentsch.	Verl.	Pkt.	Torv.
96	4	4	—	—	8	16 : 5
Hohenzollern	5*	3	—	2	6	11 : 9
Borussia	3*	2	1	—	5	9 : 6
V. f. B.	4	2	—	2	4	12 : 11
Wacker	4*	1	1	2	3	11 : 12
Sportfreunde	4	1	—	3	2	4 : 12
Favorit	4	—	—	4	0	6 : 14

* schwebt für je ein gewonnenes Spiel Protest.

*

Spielergebnisse aus dem Reiche. **Leipzig:** Fortuna—Olympia 3 : 0, Spielvereinigung—Wacker 3 : 2, Eintracht—Sportfreunde 4 : 2. **Dresden:** Sportlust—Sportverein 06 6 : 0. In Thüringen sind, wie an vielen anderen Plätzen, wegen schlechten Bodens die Spiele ausgefallen. **Berlin:** Ligaklasse: Viktoria—V. f. B. Pankow 4 : 1, Hertha—Triton 3 : 0, Union Oberschöneweide—Germania Spandau 4 : 1, Favorit—Tennis Borussia 0 : 0, Berolina—Minerva 2 : 0, Vorwärts—S. V. 2 : 1, Alemannia—Weißensee 00 2 : 1, Norden-Nordwest—Union Charl. 5 : 1, Preußen Berlin—Preußen Spandau 3 : 1; 1. Klasse: Hubertuself—Adler 11 : 1, Wacker Tegel—V. f. B. Luckenwalde 8 : 0, Germania—Minerva Lichtenberg 0 : 0, Cimbria—S. C. des Westens 5 : 1, Wilhelmsruh—Bavaria 7 : 1, Borussia Schöneberg—Rapid 1 : 0. **Hamburg:** Altona 93—Eimsbüttel 3 : 0, Viktoria 88—Ottensen 3 : 3, St. Georg-Sperber—Rothenburg 8 : 0, Union—Eintracht 5 : 0. **Kiel:** Marine-S.-C.—Kilia 3 : 2, Friedrichsort—Kieler T.-V. 7 : 0. **Duisburg:** Spielverein—V. f. B. Ruhrort 2 : 1, Borussia—Preußen 5 : 4, Verein für Rasenspiele—Spielverein. Homburg 0 : 0 **Düsseldorf:** Union—Borussia 4 : 0, Viktoria—Sportverein 0 : 0. **München:** **Gladbach:** Eintracht—V. f. B. 6 : 0. **Hagen:** Fußballklub—Arnsberg 3 : 1. **Dortmund:** Sportvereinigung—Borussia 2 : 1. **Aachen:** Alemannia—Germania-Düren 2 : 3. **Essen:** Hohenzollern—Spielverein 4 : 1, Preußen—Ballspielv. 5 : 0, Turnerbund—Turnklub 0 : 0, Sportverein—Sport- und Spielverein 5 : 2. — **Frankental:** Fußballverein Frankental—Germania Ludwigshafen 6 : 1. **Fürth:** Spielvereinigung Fürth—Turnverein 1860 Fürth 4 : 2. **Karlsruhe:** Phönix—V. f. B. 1 : 0, Karlsruher Fußballverein—Frankonia 8 : 0, Fußballverein Beiertheim—Concordia 3 : 2. **Kornwestheim:** Fußballklub—Schwaben Stuttgart 1 : 0. **Ludwigshafen:** Phönix—Fußballgesellschaft 1903 1 : 0, Pfalz—Fußballgesellschaft Mutterstadt 7 : 1. **Mannheim:** Sportverein Waldhof—Verein für Rasenspiele 3 : 2 (abgebr.), Phönix—Fußballklub Neckarau 4 : 1. **München:** Bayern—Wacker 3 : 1, Turnverein München von 1860—Männerturnverein Ingolstadt 4 : 2, Turnverein Dachau—West 4 : 0, Germania—Spiel- und Sportverein Freimann 7 : 2. Turnverein Pasing—Armin 2 : 0, Eldorado—Teutonia 2 : 1. **Pforzheim:** 1. Fußballklub—Fußballverein Pforzheim 2 : 0. **Stuttgart:** Union—Sportfreunde 4 : 2, Fußballklub Gablenberg—Fußballverein Zuffenhausen 5 : 1, Pfeil—Blaue Elf 2 : 0, F. V. Stuttgart—Schwaben 1 : 0, V. f. B.—Viktoria Feuerbach 4 : 2.

Letzte Depeschen.

Die tschechische Frage eine internationale Frage.

Kein Verhandeln mit Wien.

Wien, 20. Okt. Privattelegramm. **Die Blätter melden aus Prag: Gestern tagte unter dem Vorsitz von Kramarsch der tschechische Nationalausschuß und der tschechische Abgeordnetenverband. Die Beratungen waren vertraulich. Es wurde eine Resolution gefaßt, in der sich der Nationalausschuß für Selbständigkeit des tschechischen Staates mit Umgehung der Wiener Instanzen und für den Schutz der Slawen aussprach. Der Nationalausschuß und mit ihm ausnahmslos das ganze tschechische Volk verharren unverbrüchlich auf dem Standpunkt, daß es mit Wien für die tschecho-slowakische Nation keinerlei Verhandlungen über ihre Zukunft gäbe. Die tschechische Frage habe aufgehört, eine Frage der inneren Regelung Oesterreichs zu sein. Sie sei eine internationale Frage und werde gemeinschaftlich mit allen Weltfragen gelöst.**

Anerkennung der tschecho-slawischen Ansprüche durch die Entente.

Genf, 21. Oktober. (Eigene Drahtnachricht.) Der französische Minister des Aeußeren, **Pichon**, erkannte den Professor **Masaryk** als Präsidenten der tschecho-slawischen Regierung und **Brenisch** als Minister des Auswärtigen an. Das an Brenisch gerichtete Schreiben enthält folgenden Satz: „Die Entente betrachtet die nunmehr tatsächlich bestehende Regierung mit dem Sitze in Paris als Bundesgenossen." Gegen diese Ueberstürzung will die bei Clemenceau angemeldete Abordnung der Kammersozialisten Einspruch erheben, weil die einseitige Begünstigung der Tschecho-Slawen und Jugo-Slawen das Bestimmungsrecht der übrigen Stämme Oesterreich-Ungarns stark beeinträchtigt.

Handel, Gewerbe und Verkehr.

Börsenstimmungsbild.

Berlin, 21. Oktober. Trotz ziemlich erheblicher Interventionskäufe auf verschiedenen Verkehrsgebieten konnte bei Eröffnung der Börse doch nicht verhindert werden, daß infolge der in ziemlich umfangreichen Massen herauskommenden Ware, der Aufnahmelust, abgesehen von den Interventionskäufen, fast gar nicht gegenübersteht, der Kursstand auf allen Marktgebieten weiter und zum Teil erheblich zurückging. Das Geschäft wickelte sich dabei in aller Ruhe ab. Am meisten in Mitleidenschaft gezogen wurden von den zu schwankenden Kursen gehandelten Papieren die von Wien abhängigen Werte, wie Orientbahn und Türkische Tabakaktien, und von anderen Papieren Hansa, Bismarckhütte, Oberschlesische Werke, Deutsche Waffen und Daimler. Im Verlauf traten verschiedentlich leichte Erholungen ein. In der Hauptsache aber waren weitere leichte Rückgänge überwiegend. Von Rentenwerten waren heimische Anleihen im Kurse behauptet. Erheblicher gaben österreichisch-ungarische Werte nach.

Devisenkurse.

Berlin, 21. Oktober.

Die amtlichen Notierungen für **telegraphische Auszahlungen** stellen sich an der heutigen Börse in Vergleichung zum vorhergehenden Tage in Mark wie folgt:

		Heute Geld	Heute Brief	Voriger Tag Geld	Voriger Tag Brief
New York	1 Doll.			—	—
Holland	100 fl.	283,00	283 50	285,00	285.50
Dänemark	100 Kr	176,00	177,00	177,50	178.00
Schweden	100 Kr	194.25	194,75	196,25	196.75
Norwegen	100 Kr.	177.75	178 25	178.75	179.75
Schweiz	100 Fr.	135 75	137.00	137,25	137.50
Wien / Budapest	100 K.	57,95	58,05	58 70	58.80
Bulgarien	100 Leva	79.00	79,50	79,00	79.50

Konstantinopel Geld 20.50 Brief 20 60 für ein türkisches Pfund.
Spanien Geld 136.00 Brief 137 00 für 100 Pesetas
Helsingfors 73.25 73,75 Deutsche Mark für 100 Finnische Mark.

Getreide.

Berlin, 21. Oktober. Auch zu Beginn der neuen Woche hat sich im Berliner Verkehr mit Landesprodukten kaum etwas verändert. Groß ist das Angebot der Provinz in Runkelrüben, für die auch Nachfrage besteht, die zu befriedigen aber im freien Verkehr infolge der unlängst ergangenen öffentlichen Bewirtschaftung kaum mehr möglich ist. Größere Umsätze fanden in Kohlrüben statt. Die Ernte dieser Frucht scheint im allgemeinen ziemlich reichlich auszufallen, wenn auch ein abschließendes Urteil zurzeit noch nicht möglich ist. Im Verkehr mit Getreidesaaten ist es still. Saatkartoffeln erfreuen sich lebhafter Nachfrage und sind auch in genügender Menge angeboten. Infolge der Knappheit von Rauhfutter ist die Nachfrage für Ersatzfutter wieder sehr rege. Hülsenfrucht und Senfstroh sind gesucht, aber nur teilweise zu haben. Wetter aufklärend.

Leipziger Spitzenfabrik Barth & Co., Akt.-Ges. in Leipzig. Nach dem Geschäftsbericht 1917/18 erzielte das Unternehmen einschließlich Vortrag einen Betriebsgewinn von 1 447 322 (i. V. 747 947) Mk. Die Handlungsunkosten wuchsen auf 531 347 (288 346) Mk. an. Zu Abschreibungen wurden 71 809 (71 136) Mk. verwendet. Aus dem verbleibenden Reingewinn von 844 666 (388 465) Mk. soll, wie bereits berichtet, neben der Dividende von 20 (16) Proz. ein Bonus von 10 Proz. in Kriegsanleihe verteilt werden. Für Kriegssteuer werden 378 060 Mk. (i. V. 53 000 Mk. und 50 000 Mk. für Ueberleitung in die Friedenswirtschaft) zurückgestellt, während 41 752 (34 946) Mk. auf neue Rechnung kommen. Die bereits im letzten Jahresbericht gemeldete Ueberleitung des Betriebs zur Verarbeitung von Seide an Stelle von Baumwolle hat eine fortschreitende und zufriedenstellende Entwicklung genommen. Die Maschinen des Unternehmens liefern heute die feinsten Erzeugnisse, die auf dem Gebiete der Kunstweberei bekannt sind. Die Umsätze weisen wiederum eine stattliche Erhöhung auf; gleichwohl konnte der Nachfrage aus dem Inlande und für Export nicht genügt werden. Vielerlei Erschwerungsvorschriften führten eine Streckung des Betriebes herbei; die reichlichen Vorräte an Rohwaren kamen dabei dem Unterehmen sehr zustatten und ermöglichten ihm ein günstiges Durchhalten. Da zu erwarten steht, daß die Verarbeitung von Seide unserer Spitzenindustrie auch im Frieden erhalten bleibt, wird es bei der künftigen Rohstoffversorgung für das Unterehmen von Vorteil sein, daß es alsdann nicht mehr von Baumwolle allein abhängig ist. Der günstige Stand der Mittel des Unternehmens gestattet, die gesamten restlichen Teilschuldverschreibungen für den 30. September 1918 zu kündigen.

Bayerische Stickstoffwerke, Akt.-Ges., in München. Einschließlich Vortrag betrug in 1917/18 der Rohgewinn 2.70 (i. V. 2.94) Mill. Mark. Handlungsunkosten erforderten 0,94 (0,68) Mill. Mark. Bei Abschreibungen von bekanntlich 0.55 (0.68) Mill. Mk. verblieb ein Reingewinn von 1,20 (1,55) Mill. Mark. Hieraus soll, wie bereits gemeldet, eine Dividende von 11 (14) Prozent verteilt werden, während 85 452 (169 898) Mk. auf neue Rechnung vorgetragen werden. Die Ergebnisse wurden durch die Erschwerungen der Kriegszeit ungünstig beeinflußt. Die Betriebsstätten der Gesellschaft in Trostberg und Tacherting litten in hohem Maße unter den Folgen nicht genügender Zuweisung von Rohstoffen und des niederen Wasserstandes der Kraftanlagen. Das der Gesellschaft unterstellte **mitteldeutsche Reichswerk** arbeitete befriedigend, während die Leistung des oberschlesischen Reichswerkes durch ungenügende Lieferung elektrischer Kraft beeinträchtigt wurde. Da die Verkaufspreise an den bald nach Kriegsausbruch festgesetzten Höchstpreis für Kalkstickstoff, der nur um wenige Prozent höher ist als der Friedenspreis, gebunden waren, konnte ein Ausgleich der gestiegenen Selbstkosten nicht erfolgen. Der Absatz der Erzeugnisse war ausgezeichnet. Im neuen Geschäftsjahre haben die Betriebsverhältnisse eine Besserung erfahren, namentlich in Mitteldeutschland. Die **Tetralin** G. m. b. H. liefert zurzeit etwa 50 Proz. ihrer Volleistung. Die Aufschlüsse der Ungarischen Erdgas-Gesellschaft sind störungslos verlaufen. — In der Bilanz erscheinen Neubauten mit 4.74 (i. V. 3.73), Wertpapiere mit 3.03 (4.38), Schuldner mit 4.41 (5,56) und Gläubiger mit 7.32 (8.99) Mill. Mark.

Werkzeugmaschinenfabrik Gildemeister & Co., Akt.-Ges., in Bielefeld. Nach Mitteilung der Verwaltung ist der Umsatz in den ersten drei Monaten des laufenden Jahres um 25 Proz. größer als in der gleichen Zeit des Vorjahres. Auch für die Friedenswirtschaft bietet der Bestand an Aufträgen für eine Reihe von Monaten gute Beschäftigung. Um künftig die Aufträge sofort ausführen und die Fabrikation von Rechenmaschinen dauernd gleichmäßig gestalten zu können, hat die Gesellschaft für 197 000 Mark Grundstücke als Lagerräume gekauft.

Aus dem Emil-Sauer-Konzern. In der außerordentlichen Gewerkenversammlung der Gewerkschaft Ellers wurde mit 561 gegen 93 Stimmen des Bergwerksbesitzers Emil Sauer die Abberufung des Genannten sowie zweier weiterer Grubenvorstandsmitglieder beschlossen und Generaldirektor Radtke von der Alexandershall-Gruppe neu in dieses Amt berufen. Die Versammlung ermächtigte ferner den Grubenvorstand zur Aufnahme eines Kredits von 300 000 Mark.

Badische Gesellschaft für Zuckerfabrikation Waghäusel. Der Abschluß für 1918/19 ergibt nach Abzug der allgemeinen Unkosten und Steuern, der Löhnungen, der Kriegssteuerrücklage sowie der Gewinnanteile einen Reingewinn von 1 965 505 (1 304 645) Mk. Der Aufsichtsrat schlägt die Verteilung von 24 (20) Proz. Dividende vor, 99 000 (5000) Mk. dienen zur Erhöhung der Talonsteuerrücklage und 218 430 (199 925) Mk. werden auf neue Rechnung vorgetragen.

Verantwortlich für den politischen Teil: **Carl Helms**; für den örtlichen Teil, für Provinzialnachrichten, Gericht, Handel: **Eugen Brinkmann**; für Sport und Briefkasten: **Heinrich Mieschner**; Feuilleton, Unterhaltungsblatt, Vermischtes usw.: Dr. **Karl Baer**; für den Anzeigenteil: **V. Hackenbracht**.
Druck und Verlag von **Otto Hendel**.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-848334-19181022010/fragment/page=0004